

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verwaltung: Drag II, Kellergasse 15 • Tel. Nr. 1 20703, 31400, Nachdruck (ab 21. 11. 33) 53555 • Druckort: Prag

13. Jahrgang.

Samstag, 9. Dezember 1933

Nr. 288.

Dollfuß vor dem Sturz? Ein Ultimatum des Bundespräsidenten

Wien, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Schwierigkeiten der Regierung Dollfuß werden immer größer. Sie finden ihren Ausdruck in einem förmlichen Ultimatum, das heute der Bundespräsident Herr Dollfuß stellte und in einer Veröffentlichung des Landbundes, in der er den Abbruch der Verhandlungen mit Dollfuß anzeigt, weil er den Bestand der Regierung für gefährdet hält.

Zu dieser Meldung teilt uns unser Wiener Berichterstatter folgende Einzelheiten mit:

Die Atempause, die sich die Regierung Dollfuß vom Weihnachtstrieden erhoffte, schlägt in einen Krisenzustand von zunehmendem Umfang um. Der Bestand der Regierung, den Dollfuß durch einen neuen Pakt mit dem Landbund sichern wollte, hat, wie man immer deutlicher sieht, einen schweren Stoß durch den Beschluß der Bischofskonferenz bekommen, der nichts anderes bedeutet als ein Abrücken von der faschistischen Abenteuerpolitik der Regierung Dollfuß.

Der Landbund erklärt heute bereits in einer parteiamtlichen Aussendung, daß er den Bestand der Regierung Dollfuß für gefährdet halte und deshalb die Verhandlungen mit Herrn Dollfuß vorläufig abgebrochen habe. In dieser Aussendung des Landbundes, dessen Vertreter noch in der gegenwärtigen Regierung sitzen, heißt es wörtlich:

„Durch den Beschluß der Bischofskonferenz ist eine Lage eingetreten, in der man

für die Regierung Dollfuß auf unabsehbare Ereignisse gefaßt sein muß.

Eine ähnliche Meinung scheint auch in den führenden Kreisen des österreichischen Klerus zu bestehen, die befürchten, daß die gegenwärtige Regierung Oesterreich zu einer Katastrophe führen könne, für die der Klerus die Verantwortung ablehnen will. Diese Auslegung wird wenigstens von führenden Kreisen des Erzbischöflichen Amtes in Wien gegeben.

Aber selbst aus der Umgebung des Bundespräsidenten erfährt man, daß auch er die Fortführung des bisherigen Regierungskurses für untragbar hält. Zwischen Miklas und Dollfuß gab es heute eine Unterredung, in der der Bundespräsident Herr Dollfuß in fast ultimativer Form daran erinnerte, daß sich der Bundeskanzler im Juli verpflichtet hat, binnen sechs Monaten die neue Verfassung unter Dach und Fach zu bringen und geordnete Verhältnisse herzustellen. Der Bundespräsident sagte dem Bundeskanzler, daß diese Frist am 10. Jänner 1934 abläuft. Damit soll offenbar Herrn Dollfuß eine letzte Galgenfrist gegeben werden.

Die Schwierigkeiten des Herrn Dollfuß werden aber auch durch Krisen innerhalb der Regierung vermehrt. Die Führer des Heimatschutzes drängen in den letzten Tagen immer heftiger auf die Auflösung aller Parteien mit Einschluß der christlichsozialen. Dieses Verlangen hat in Unterredungen zwischen Mitgliedern der Regierung gestern und heute zu erbitterten Auseinandersetzungen geführt.

Mit den eigenen Parteimitgliedern scheint Dollfuß ebenfalls in Konflikt geraten zu sein. Gutinformierte Politiker wollen wissen, daß Dollfuß in den letzten Tagen wieder auf eigene Faust Verhandlungen mit führenden Nationalsozialisten angebahnt habe, und daß nach diesen Verhandlungen von Mitgliedern des Kabinetts, man spricht besonders von Minister Schuschnigg, Gegenmaßnahmen getroffen worden seien. Eine Reihe von Aktionen der letzten Tage, darunter die Verhaftung des österreichischen Naziführers Frauensfeld und das Verbot von Hitlers „Mein Kampf“ sollen bereits das Ergebnis dieser Kräfteprobe zwischen den schwarz-gelben Bestrebungen und den auf Aussöhnung mit Deutschland gerichteten sein.

Unter diesen Umständen mißt man diesmal der Krise innerhalb der Regierung besondere Bedeutung bei und glaubt, daß die Zeit nach dem 10. Jänner, also nach dem Ablauf des Ultimatums des Bundespräsidenten, für die Regierung Dollfuß entscheidend werden wird.

Werk des Friedens?

Die amerikanisch-sowjetrussische Verständigung

Einige Wochen, nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten seinen aufsehenerregenden Brief an den Vorsitzenden der Volkskommission der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken geschrieben hat, sind die von den Vertretern der beiden großen Staaten geführten Verhandlungen mit Erfolg beendet worden. Nach 16 Jahren erkennt die USA Sowjetrußland offiziell an und entsendet ihren Botschafter nach Moskau. Damit gibt die amerikanische Diplomatie die Hoffnung auf den baldigen Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft auf. Sie ist entschlossen, die wirtschaftlichen und politischen Chancen, die sich aus einer Zusammenarbeit des hochkapitalistischen und des bolschewistischen Staates ergeben, für die privatkapitalistischen Interessen ihres Landes auszunutzen. Und die bolschewistischen Diplomaten unter Führung von Litwinow haben dagegen keine Einwände erhoben: mit Unterstützung der mächtigsten Imperialisten der Welt wollen sie den sozialistischen Aufbau und die Kräfte des Friedens fördern.

Soweit sich übersehen läßt, haben die Bolschewisten den Amerikanern die größeren Konzessionen gebracht. Sie haben auf alle Ansprüche, die sie bisher mit großer Hartnäckigkeit gegen die USA wegen deren Beteiligung an den sibirischen Interventionskriegen vertreten haben, bedingungslos und endgültig verzichtet. Ebenso verzichten sie vorläufig bis zur endgültigen Regelung der gegenseitigen Privatforderungen Ansprüche auf die bisher vertretenen russischen Forderungen geltend zu machen. Entschädigungen, die Rußland bereits zugesprochen worden sind oder noch zugesprochen werden müssen die verurteilten amerikanischen Privatpersonen ihrer Regierung zur Verfügung stellen, die sie später im allgemeinen Schuldenabkommen verrechnen wird. Daraus und aus der Erklärung, daß die Hoffnung auf eine schnelle befriedigende politische Schuldenregelung besteht, muß geschlossen werden, daß Litwinow den Amerikanern gegenüber wenigstens eine bedingte Anerkennung und eine teilweise Tilgung der russischen Kriegs- und Vorkriegsschulden zugesichert hat.

Berühmt wird diese Kapitulation der Bolschewisten vor der Kapitalistenklasse verschleiert. Um so mehr, als sie erstens sofort eine zweite Kapitulation hinzufügen mußten. Das amerikanische Bank- und Trustkapital, das den Präsidenten zur Anerkennung Sowjetrußlands gezwungen hat, bleibt ein eingeschmorenener Feind aller sozialistischen Arbeiterbewegung. Was verdächtig ist, in seinem Lande Sozialist oder Kommunist zu sein, wird verfolgt. Roosevelt hat von dem Bolschewisten Litwinow, der ja nicht allein Volkskommissar für das Auswärtige, sondern in dieser Eigenschaft auch ein Vertrauensmann der kommunistischen Internationale ist, Garantien gefordert gegen die Unterbreitung der kommunistischen Propaganda in den Vereinigten Staaten durch die kommunistische Internationale. Und Litwinow hat sie gegeben! Rußland übernimmt die Aufgabe, alle Organisationen, die unter seiner Kontrolle stehen und die von der russischen Regierung finanzielle Unterstützung erhalten (die III. Internationale!), „von Handlungen abzuhalten, die die Ruhe, die Prosperität, die Ordnung oder die Sicherheit Amerikas verletzen können“. Übernehmen damit die Bolschewisten nicht eigentlich die Rolle des Nachwächters zum Schutze der kapitalistischen Herrschaft in USA?

Dieser Verzicht auf die internationale Unterstützung des Kampfes des amerikanischen Proletariats ist offener Verrat, der auch um deswillen nicht geringer beurteilt

Erfolge der finnischen Sozialdemokratie

Helsingfors, 7. Dezember. Bei den am 3. und 4. Dezember in ganz Finnland abgehaltenen Gemeindevahlen wurde in Helsingfors folgendes Ergebnis erzielt:

Sozialdemokraten 23 Mandate (vor drei Jahren 22), Fortschrittspartei 6 (4), Schweden 19 (20), Sammlungspartei im Wahlbündnis mit der vaterländischen Volksbewegung 11 (13).

In den übrigen finnischen Städten scheinen die Wahlen ein ähnliches Bild zu ergeben, während auf dem Lande, soweit sich jetzt schon übersehen läßt, eine uneinheitliche Bewegung teils nach links, teils nach rechts stattgefunden hat.

Schüsse gegen Goerlings Polzei

Dortmund, 8. Dezember. (Wolff.) „Die Mordkommission teilt mit:

Hans Walter, der Mörder des SA-Mannes Fehlich sollte heute morgen in der Wohnung seiner Eltern in Hamm in der Königsstraße festgenommen werden. Walter lag bereits angekleidet in der Küche auf einem Sofa. Auf die eintretenden Beamten gab er sofort mehrere Schüsse ab, wodurch einer der Beamten einen Herzschuß, der andere einen Lungen- und Knieschuß und der dritte einen Bauch- und Brustschuß davontrug. Ueber die am Boden liegenden Beamten sprang dann Hans Walter hinweg und flüchtete durch das Fenster der Wohnung seiner Eltern auf das Dach eines Anbaues. Er entkam über die Dächer. Hans Walter ließ zwei Mehrladepistolen zurück. Die ausgelegte Belohnung ist nunmehr auf 2.000 Reichsmark erhöht worden.

Die Verletzten dürften kaum mit dem Leben davon kommen.

Aus dieser Meldung ist der klare Tatbestand nicht ersichtlich. Insbesondere ist nicht zu erkennen, ob die „Beamten“ richtige Polizeibeamte oder SA-Leute waren und wie sich der Mord an dem SA-Mann vollzog. Es scheint sich hier einer mit Erfolg seiner Haut gewehrt und eine Wiederholung Botenbas verhindert zu haben.

Die französische Gegenoffensive

zur Erhaltung des Völkerbundes

Paris, 8. Dezember. (Havas.) Die französische Regierung wird erst nach der Finanzdebatte darüber entscheiden, welche genaue Stellung sie zu den deutschen Forderungen einnehmen wird, die nach der Berliner Ansicht direkte Verhandlungen erfordern. Gemäß ihrem üblichen Verhalten hat die französische Regierung die Regierungen der befreundeten Staaten über die deutschen Forderungen unterrichtet, und zwar auf Grund des Berichtes des französischen Botschafters in Berlin Francois Poncelet nach seiner kürzlichen Besprechung mit Hitler. Hitler hat übrigens Wünsche ausgesprochen, welche alle Signatäre des Versailler Vertrages interessieren, da er fordert, — wie weder in der Presse, noch in den deutschen Rundgebungen verkehrt wird — daß Deutschland das Saargebiet ohne Plebiszit zurückerstattet werde, ferner daß es seinen Militärstand erhöhen könne, und daß Deutschland gestattet werde, eine gewisse Zahl von Waffen zu besitzen, die ihm durch den Versailler Vertrag verboten sind.

Die Reise des britischen Botschafters in Paris Lord Lorrain nach London wird eben mit dem Bestreben der französischen Regierung die Ansichten der übrigen Regierungen kennen zu lernen, erklärt.

Diese Methode der Zusammenarbeit zeigt sich auch in der Reise Dr. Benes nach Paris, die für den 14. Dezember festgesetzt ist, nach den Besuchen des polnischen Außenministers Bed und des Sowjetvolkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow.

Dem Besuch Dr. Benes, der in Genf eine hervorragende Rolle spielt, kommt angelehnt der schwierigen Periode, welche die Genier internationale Institution gerade durchmacht, eine besondere Bedeutung zu. In ihren Beratungen werden Paul Bon-

cour und Dr. Benes über die Mittel beraten, wie wiederum alle Staaten im Interesse der Festigung des Friedens um den Völkerbund gruppiert werden können.

Die Reise des Ministers Dr. Benes bedeutet also eine wichtige Etappe bei der Bewegung Europas, die die französische Regierung



Josel Paul-Boncour, französischer Außenminister

anstreben will, wobei sie den Völkerbund zum Mittelpunkt ihrer Aktion macht.

Gegenbesuche Paul-Boncour

Diese Bestrebungen, die Frankreich im Einvernehmen mit seinen Freunden zu unternehmen gedenkt, werden noch bedeutsamer zu Tage treten, bis der französische Außenminister Paul-Boncour, sobald die Umstände es ihm gestatten werden, seinen Kollegen in Prag, Bukarest, Warschau und Moskau ihre Besuche erwidern wird.

Chinesische Militärmission

besucht Italien.
Rom, 8. Dezember. (Stefani.) Die fünf-gliedrige chinesische Militärmission mit dem Kommandanten der Pankinger Kriegsschule an der Spitze ist gestern aus Brindisi in Rom eingetroffen.

werden darf, weil die Bolschewisten meinen, die Kräfte der hochkapitalistischen Vereinigten Staaten für den Aufbau ihres Landes einsetzen zu können. Die Wallstreet soll ihnen Kredit geben, die Trustkapitalisten sollen der Sowjetunion Rohstoffe und Halbfabrikate liefern, die Russland zur Vervollständigung seiner Kriegsrüstung nötig braucht. Sie sind bereit, es zu tun: einmal, weil ein Geschäft mit hohen privatkapitalistischen Gewinnen winkt und zweitens, weil Russland gegen einen Gegner rüstet, der in dieser Phase auch der Gegner der USA ist, weil er ihre Interessen im Fernen Osten gefährdet: den japanischen Imperialismus!

Von Moskau wird jede sowjetrussische diplomatische Aktion, sei es die erreichte Anerkennung, sei es ein neuer Vertrag als ein Erfolg für die Sicherung des Friedens hingestellt. Wenn die Imperialisten der USA mit England oder irgendeinem anderen Staat einen Vertrag eingehen, so ist das die „Vorbereitung des Krieges“. Schließen die gleichen Imperialisten mit Russland ein Abkommen, so vollbringen sie ein „Wort des Friedens“. Die Moskauer „Pravda“ schrieb kürzlich zu dem Roten Austausch zwischen Roosevelt und Stalin, daß Abenteuer die komplizierte internationale Lage ausnützen, um die Welt in neues Unheil zu stürzen: „Wer kann bezweifeln, daß die normalen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion ein Kräfteverhältnis schaffen würden, dem die Abenteuerkreise, die sich anschliden, den Frieden zu verleben, Rechnung tragen müßten? Die amerikanischen Imperialisten gehören nach diesem Aufruf des bolschewistischen Blattes sonach nicht zu den „Abenteuerkreisen, die sich anschliden, den Frieden zu verleben“! Genau so urteilt die Moskauer „Iswestija“, die vorbehaltlos meint, „der Schritt des Präsidenten der USA wird von allen Friedensfreunden“ begrüßt werden.

Vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse ist zu hemmungsloser Begeisterung kein Anlaß. So sehr die Aufnahme der zwischen den kapitalistischen Staaten üblichen diplomatischen Beziehungen eine Entspannung und Vereinerung der politischen Atmosphäre bedeuten kann, so verkennet sie nicht, daß die amerikanisch-sowjetrussische Verständigung einmal zunächst die Festigung des amerikanischen Hochkapitalismus fördert und zum anderen den Konfliktstadium im Fernen Osten nicht ausbrennt, wohl aber ihm neue Nahrung gibt. Für die Ohnmacht des Kommunismus und seiner III. Internationale ist es bezeichnend, daß man im Moskauer Kreml nichts auf die Kräfte des Proletariats gibt, sogar ihre Fesselung garantiert und das Heil und den Frieden sucht in Bündnissen mit den mächtigsten und raubgierigsten Imperialisten der Welt.

„Es ist das Sterben eines ganzen Volkes“

Ein Brief aus Deutschland, dem „Objektiven“ gewidmet

20. November 1933.

„Lieber Freund!

Endlich komme ich dazu, Dir Deine letzten Schreiben zu bestätigen. Zu beantworten — dazu reicht es schon kaum noch aus. Denn immer möchte man doch nicht so am Rande herumplätchern. Und richtig draufloschwimmen — das kann man doch nicht. Obwohl ich gerne täte. Veranlassungen gäbe es ja genügend. Nur einmal möchte ich noch erleben, daß man das Recht hätte, in aller Öffentlichkeit zu sagen, was Wirklichkeit, was Wahrheit ist. Gewiß weiß ich, daß unsere Wahrheit anders aussehen muß, als die Wahrheit der andern. Aber die herrschende Klasse biegt sich eine Wahrheit, eine Gerechtigkeit, eine Moral nach Gebrauch zu recht. Und dagegen ist man machtlos. Dagegen möchte man die Wahrheit sagen, die sich uns aus den uns umgebenden Tatsachen ergibt. Ob es jemals wieder wird, solange wir noch zu leben haben? Du wirst denken — ich sei unter die Bestimmten gegangen, weil der sogenannte Wahlsieg hinter uns liegt! Ach nein — so schnell nicht. Wer die Dinge bei uns erlebt, dem sind die Zahlen kein Wunder. Aber weil das Ausland nicht in unserem Mißton zu denken braucht, darum fällt das Urteil oft so beängstigend aus. Wenn die Berichte der deutschen Zeitungen stimmen, dann muß ja die Auslandspreß für geradezu Ergebenheitsakte aufgeführt haben über die einstimmige Volkseinstimmung. Und wir? Wir stehen mitten-mann und sehen die Menschen, sehen, wie sie ängstlich jedes Wort vermeiden, wie sie froh sind, aus dem Bannkreis des „freiesten aller Wahlrechte“ heraus zu sein. Denn die meisten fühlen hinter sich die Aufpasser, die wirtschaftliche Strafe für etwaigen Ungehorsam. Wie soll man denn nur den andern Menschen sagen, was wirklich in Deutschland ist. Greuel? Das ist ja gar kein Ausdruck. Greuel geben vorbei, lassen ein paar tote liegen, ein paar Geschundene — aber dann gehen sie wieder. Das ist es also nicht. Es ist schlimmer als Greuel. Es ist das Sterben eines ganzen Volkes. Sein geistiger Tod, sein moralischer, sittlicher Untergang. Man schlägt die Menschen tot und läßt Uniformen lebendig werden. Es fällt einem jetzt Brögers Gedicht „Auf dem Schödelberge der Welt“ ein: „... Ist denn kein Mensch, kein lebendiger Mensch mehr da?“ So ist es bei

uns. Und in solcher Totenhausatmosphäre müssen wir leben. Denn wir wollen nicht die Leuten verfallen. Wir wollen nicht unseren Verstand aufgeben. Wir wollen nicht mechanisierte Menschen, Spielzeuge werden. Und daß diese Gefahr immer gegen einen heranrückt — siehst Du, lieber Freund, das ist das Furchtbare im heutigen Deutschland. Ich habe vier Jahre im Kriegs- ein Jahr in der Gefangenschaft gelebt. Es waren schreckliche Zeiten. Aber was man tun konnte — man konnte sich einmal ausschimpfen. Man hatte Menschen, die noch den Mut zur Kritik hatten, um sich. Aber heute? noch nicht einmal ein Stillsitz kann garantieren, wieviele Spielzeuge er unter sich hat. Keine Familie ist sicher, daß in ihr keiner stirbt, der selbst die eigenen Geschwister oder gar Eltern verchwärzt. Und gar in den Wirtschaften, in den Bahnen, auf den Straßen? Kein Wort ist möglich kein Mä. Alles rennt dahin — und sieht möglichst aus dem Wege. Und das noch neun Monaten? Was soll das noch Jahre werden? Hört denn die Klugheit nicht auf? Haben sich die Menschen so mechanisieren lassen, daß sie automatisch den richtigen Gebrauchsbild, das — Wort, die — Geste fertig bringen? Schrecklich — wenn man das überdenkt, und doch gibt es kaum eine andere Perspektive. Wie sagte so schön nach dem 12. November eine deutsche Tageszeitung: „Lassen wir die Reinfänger und jene, die nicht zur Urne kamen, verkaufen! Ja — ich glaube, da haben die Nazis die Struktur gezeichnet, die sie erreichen wollen: braune Menschen. Nur überzogen mit brauner Farbe, die die Säulnis verdecken soll.“

Wenn es sich nur darum handelte, die politische Seite unserer Verhältnisse zu überwinden, wahrlich, es wäre ein Kinderspiel. Aber die Entgeistigung, die Heuchelei, die man überall sieht, die Verstellung der Leute, die man früher auch in anderer Farbe ebenso „geinnungsstüchig“ mimen sah. — das ist es, was einem die Luft verfehlt. Könnte man den Bengeln in ehrlichem, offenem Kampfe der Meinungen begegnen, was wäre das für eine Wohne.

Mit besten Grüßen an alle, die guten Mutes und ehrlischer Ueberzeugung sind,

Dein

Werden Goering und Ley kastriert?

Das Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

Berlin, 8. Dezember. Das Büro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet: Gemäß der bereits bekannt gegebenen Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Verhütung erbkranken Nachwuchses wird denjenigen Personen, die auf Grund des Gesetzes unfruchtbar gemacht werden sollen, bzw. deren gesetzlichen Vertretern ein Merkblatt ausgehändigt, das sie in leicht-faßlicher und klarer Weise über den Zweck der gesundheitlichen Maßnahme, die an ihnen vorgenommen werden soll, unterrichtet. Dieses Merkblatt über die Unfruchtbarmachung“ hat folgenden Wortlaut:

„Die Unfruchtbarmachung, das heißt, die Aufhebung der Zeugungsfähigkeit männlicher oder weiblicher Personen, hat den Zweck, die

Weiterverbreitung von Erbkrankheiten zu verhindern. Solche Krankheiten sind:

Angeborener Schwachsin, Schizophrenie, manische depressive Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Weitsinn (Huntington'sche Chorea), erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere erbliche körperliche Mißbildung, ferner schwerer Alkoholismus.

Die Unfruchtbarmachung erfolgt in der Weise, daß ohne Entfernung der Hoden oder Eierstöcke die Samenstränge oder Eileiter verlegt, undurchgängig gemacht oder durchgetrennt werden. Die Eingriffe werden von Fachärzten in den dazu bestimmten Krankheitsanstalten ausgeführt.

Argendwelche gesundheitlichen Störungen sind von der Unfruchtbarmachung weder beim Manne noch bei der Frau zu befürchten. Das Geschlechtsempfinden und die Fähigkeit zum Geschlechtsverkehr werden durch die Operation nicht beeinträchtigt.“

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fechenbach

„Das müssen Sie mir sagen, Fräulein“, redete ihr der Arzt mit keiner freundlichen Stimme zu.
Schließlich kam heraus, ganz leise, kaum hörbar:
„Ja, einmal war ich mit einem Herrn zusammen, aber nur ein einziges Mal...“
„Müssen Sie morgens nach dem Aufstehen erbrechen?“
„Manchmal seit einiger Zeit, und so übel ist mir in der Früh oft...“
„Sie können sich jetzt wieder anstrengen.“
Der Arzt wusch sich die Hände und wandte sich dann an Lene:
„Es fehlt Ihnen nichts, Sie sind kerngesund, und im nächsten Frühjahr werden Sie wohl ein Kindchen haben.“
Lene sank in einen Stuhl und schluchzte vor sich hin.
Gretl bemühte sich um sie, und Dr. Franke sagte:
„Nur nicht gleich den Kopf verlieren! Sie sind jung und kräftig und werden ein gesundes Kind zur Welt bringen.“
Die Konsultation war beendet. Jetzt gab es also keinen Zweifel mehr. Lene war schwanger. Gretl hielt bald heiraten müssen, Lene“, meinte Gretl auf dem Heimweg.
„Das werd ich dem Rudi heut abend sagen.“
„Halt ihn recht gern?“ fragte Gretl teilnehmend.
„Oh, ich mag ihn gut leiden, er ist 'n netter Mensch.“

„Er hat dich doch sicher recht gern. Da wird schon alles in Ordnung kommen. Ihr werdet heiraten, und nächstes Frühjahr bin ich Bate bei deinem Kind!“ Gretl sagte das ganz heiter.
Lene begann nun auch, die Sätze von einer freundlicheren Seite zu sehen. Aber nachdem Gretl eine Weile fort war, kamen wieder trübe Gedanken. Wenn Rudi noch nicht heiraten will? Sie mochte sich das gar nicht weiter ausdenken, wie das dann werden wird.
Abends traf sich Lene mit Rudolph Groß an der Juliuspromenade. Er plauderte sorglos-freudig, wie immer. Lene war bedrückt und einsilbig. Ob sie ihm beim Spazierengehen sagen sollte, was sie heute beim Arzt erfahren hat? Oder im Café? Nein, sie mußte dabei mit ihm allein sein. Am besten in seinem Zimmer. Aber wenn es dann wieder geschehen wird, wie an jenem Sonntag? Nein, das wollte sie unter keinen Umständen. Und es würde heute auch nicht so kommen, das wußte sie ganz bestimmt.
Rudis Geplauder war an ihr vorbeigeflüht. Sie hatte wohl die Worte gehört, aber ihren Sinn nicht erfasst. Zu sehr war sie mit ihren eigenen Gedanken beschäftigt.
Sie gingen die Schönborustrasse hinunter. Bei der Einmündung der Eichhornstraße bog Lene links ein.
„Wollen wir nit auf dein Zimmer, Rudi?“
„Aber ja, wenn du gerne willst.“ Er war freudig überrascht, daß Lene selbst diesen Vorschlag machte.
Als sie oben waren, setzte sich Lene auf einen Stuhl. Er legte seinen Mantel ab und wollte Lene aus dem Rockett helfen. Aber sie behielt es an, es sei so kühl. Dann schlug er vor:
„Komm, wir setzen uns auf die Chaiselongue, da ist es doch gemüßlicher.“
Sie lehnte ab. Sie flog lieber auf dem Stuhl. Dann raffte sie sich auf:
„Rudi, ich muß was ernstes mit dir reden, bedrängen bin ich mit rausgegangen.“

„Ja, so feierlich? Was ist's denn?“
„Ich war heut beim Dr. Franke, und...“
Sie konnte nicht weiter sprechen. Die Tränen kamen ihr in die Augen.
„Und...? Was denn? So sag's doch!“
Rudolph Groß war ungeduldig geworden, aber er ahnte schon, was jetzt kommen würde.
„Er hat mich untersucht... Es ist doch was passiert damals am Sonntag... Rudi, ich krieg ein Kind...“
„Verdammt! Das ist unangenehm.“
„Groß ging aufgeregt hin und her und schaute dabei ärgerlich auf Lene.“
„Sollst du mir?“
„Ja, is es denn schon ganz sicher, daß du schwanger bist?“
„Wenns doch der Doktor sagt!“
„Dah mir sowas passieren muß!“
„Rudi, wir werden halt jetzt bald heiraten müssen...“
Sie schaute ihn fragend und mit banger Erwartung an, was er darauf sagen würde.
„Ich verdiene doch gar nicht genug in meiner Stellung, um einen Hausstand zu gründen. Ich kann noch keine Familie ernähren. Nein, heiraten kann ich jetzt noch nicht.“
Das traf Lene wie ein Keulenschlag.
„Aber im Mai wird doch schon das Kind da sein! Arg lang können wir's heiraten da nimmer rauschieben.“
Lene hatte noch eine barge Hoffnung, daß er nur jetzt noch nicht heiraten könne, daß er die Heirat nur noch einige Zeit hinausschieben wolle. Sie sah ihn schreun und ängstlich an.
„Ich glaub, ich kann dich überhaupt nicht heiraten! Mein Vater würde das bestimmt nicht zugeben.“
Sie stülzte sofort, das mit dem Vater ist eine schlechte Idee. Das empörte sie.
„Warum verstellst du dich denn hinter deinem Vater? Sag doch ehrlich, was du meinst!“
Und sie mußte schon, er wollte nicht.

Der Wunschzettel des Herrn Dubichy

Obwohl die Verhandlungen der parlamentarischen Wohnungs-Kommission ausdrücklich für vertraulich erklärt wurden, hält es der Vorsitzende dieser Kommission, der agrarische Abgeordnete Dubichy, für angebracht, die agrarischen Forderungen zum Mieterschutz, die einer fast völligen Aufhebung gleichkommen, im „Volk“ zu publizieren. Der Wunschzettel ist nicht gerade bescheiden:

Aufhebung des Mieterschutzes für Dreizimmerwohnungen mit Ründigung zum 1. März 1934, für Zweizimmerwohnungen mit Ründigung zum 1. Jänner 1935;

uneingeschränktes Ründigungsrecht des Hausherrn, wenn er für sich, seine großjährigen Kinder (auch Stiefkinder) oder seine Eltern eine Wohnung benötigt;

Steuerbegünstigungen usw. für Besitzer von Häusern mit Nebenwohnungen;

Vertrauensfreiheit;

Herabsetzung der Einkommensgrenze, an die der Mieterschutz bisher gebunden ist, von 50.000 auf 24.000, beziehungsweise 36.000 Kronen (bei Familienbezüge) mit Wirkung vom 1. Juli 1934;

Aufhebung des Mieterschutzes für gewerbliche Betriebsstätten und alle ihre Filialen sowie generelle Aufhebung des Mieterschutzes in allen Gemeinden bis zu 6000 Einwohnern, endlich auch noch Aufhebung der lex Meißner und der außerordentlichen Maßnahmen der Wohnungsfürsorge.

Dafür war Herr Dubichy geneigt, eine Verlängerung des restlichen Mieterschutzes auf zwei Jahre zuzugestehen. Die Vertreter der drei sozialistischen Parteien haben — wie Dubichy selbst erklärt — diese Anträge rundweg abgelehnt, so daß jetzt nur über ein einjähriges Provisorium verhandelt wird. Für diesen Fall will Herr Dubichy gnädigst den Passus über die Zweizimmerwohnungen ausfallen lassen!

Wenn auch dieser Wunschzettel offensichtlich von vornherein auf's Handeln angelegt ist, so können sich doch die Mieter daraus un schwer eine Vorstellung machen, wie schwer der Kampf ist, den unsere Genossen im Wohnungsschutz gegen die agrarischen Anwälte der Hausherren zu führen haben. Bemerk sei noch, daß die deutschen Agrarier sich auch in dieser Sache voll und ganz als Vorposten für die Hausherreninteressen mißbrauchen lassen, obwohl doch eigentlich die Bauern der Mieterschutz so gut wie gar nichts angeht.

Den paar Hochagrariern zu liebe, die ihre Weiber im städtischen Hausbesitz angelegt haben, müssen alle Nachmittage der Agrarparteien eingestrichelt werden. Dann braucht man sich freilich nicht zu mühen, wenn für Dinge, die die Bauern bestimmt viel mehr interessieren, so z. B. für ein entschiedenes Vorgehen gegen den wucherischen Zwischenhandel, der ja namentlich bei landwirtschaftlichen Produkten wahre Preisorgien feiert, die Führung der Agrarparteien schon gar keine Begeisterung auszubringen vermag. Hier wäre doch ein weit dankbareres Betätigungsfeld für die überschüssigen Energien des Herrn Dubichy vorhanden!

„Es geht nicht, Lene! Ich kann dich nicht heiraten. Es geht wirklich nicht!“
In Lene stieg heiße Wut auf.
„Aber das is gegangen, daß du mit e Kind gemacht hast! Warum hast du's denn getan, wenn d' mich doch mit heiraten willst?“
Sie war erregt von ihrem Stuhl aufgesprungen und stand jetzt Groß gegenüber. Sie schrie fast vor Erregung. Am ganzen Körper zitterte sie.
„Dazu bin ich dir gut genug gewesen! Gell? Da hast keine Ruh geben, bis es so weit war! Und jetzt willst mich sitzen lassen mit'm Kind!“
„Ich bitte dich, Lene, sei doch nicht so laut! Die Leute im Haus hören uns ja. Ich lasse dich ja nicht im Stich. Mein Vater wird mir sicher Geld schicken, damit ich die Angelegenheit ordnen kann.“
„Bezahlen willst mich, wie e Straßennödel! Und dann schmeißt mich weg...“
Mit einem Ausschrei sank sie auf den Stuhl und weinte, daß ihr ganzer Körper davon geschüttelt wurde. Groß ging zu ihr hin und suchte sie zu beruhigen. Aber sie wies ihn jetzt barock ab:
„Rühr mich nimmer an, du... du Schuft!“
Sie fuhr sich mit dem Taschentuch übers Gesicht, um die Tränen wegzuwischen. Dann ging sie zur Tür hinaus, ohne noch ein Wort zu sagen. Groß kam hinter ihr drein. Das Haus war schon verschlossen, er mußte unten ausschließen. Auch das geschah schweigend.
Lene rannte ziellos durch die abenddunklen Straßen. Sie war im Innersten aufgewühlt, und ihre Gedanken jagten ihr durcheinander. Sie dachte wieder an Franz, der sie vor Groß gewarnt hatte. Einen Fehle hatte er ihn genannt, nichts sei echt an ihm, und ihnen und ihnen verlogen wäre er. Jetzt sah sie plötzlich alles mit anderen Augen wie damals.
(Fortsetzung folgt.)

Und bei uns?

Die von der österreichischen Bischofskonferenz dieser Tage beschlossene Aufforderung an alle römisch-katholischen Geistlichen, welche Inhaber von Parlaments-, Landtags-, Gemeinderatsmandaten usw. sind, ihre Funktionen bis 15. Dezember niederzulegen, hat ausnahmslos in allen politischen Kreisen Zustimmung gefunden.

Die gesamte österreichische Presse befaßt sich eingehend mit dem aufsehenerregenden Schritte. Die „Reichspost“, das Hauptorgan der Klerikalen, meint, der Auszug des katholischen Klerus aus der aktiven Politik gestalte sich angesichts der anerkanntermaßen über die Leistungen der Priester auf politischem Gebiete zu einem wahren Triumphzug? Das klingt sehr wenig überzeugend. Um so weniger, wenn man weiß, daß die Geschichtsphilosophie der römischen Kirche dahin zielt, über die Völker, Staaten und Menschen zu herrschen, um sie angeblich vom Wege zum Bösen abzuhalten und zum Guten zu lenken. Angesichts der jahrhundertelangen Übung, auf die Politik stärksten Einfluß zu nehmen, erscheint die Niederlegung der geistlichen Mandate alles andere denn als Triumphzug; es ist vielmehr ein regelrechter — Rückzug. Und zwar ein erzwungener. Wahrscheinlich ist das Ganze nur ein vorübergehender taktischer Schachzug, kaum ein dauernder Zustand.

Man beruft sich darauf, daß es dem Willen des Papstes entspreche, daß der katholische Klerus die politischen Mandate und politischen Führerstellen niederlegt. Die eigentliche Triebabfeder wird darin zu suchen sein, daß die Romkirche im Strudel des politischen wirtschaflichen Geschehens durch einseitige Stellungnahme — schweren Schaden erleidet. Die Wiener „Stunde“ hat wohl recht, wenn sie schreibt, daß man die Priesterschaft aus dem unmittelbaren politischen Kampf herausziehen will, um jener Agitation die Spitze abzubreaken, die durch die Verquickung von Politik und Kirche zu einer Agitation Anlaß gab, deren Auswirkung in einzelnen Bundesländern zu einer neuen Abfallbewegung führte.

Politisch betrachtet, trifft die „Arbeiterzeitung“ den Nagel auf den Kopf, wenn sie den Beschluß der Bischofskonferenz als „einen schweren Schlag für die christlich-soziale Partei“ hinstellt, deren Politik die Kirche nicht mitverantworten, deren Sünden sie nicht büßen und deren drohender Schicksal sie nicht teilen wollen. Sie schreibt ferner sehr zutreffend:

„Nur darf man sich nicht darüber täuschen, daß die Abberufung der Geistlichen aus den Vertretungskörpern nicht hinreicht, die Kirche dem politischen Streit zu entziehen. Will man dieses Ziel erreichen, dann ist auch anderes notwendig. Da muß vorerst die Parteipolitik aus den Gotteshäusern selbst vertrieben werden. Da darf zweitens die Kirche nicht dulden, daß die christlich-soziale Partei um ihrer parteipolitischen Interessen willen die Kirche als „Wandschirm“ ihrer politischen Bestrebungen mißbraucht, sich zur Deckung ihrer Politik auf die Kirche beruft. Will die Kirche dem politischen Streit entzogen werden, so darf sie insbesondere nicht dulden, daß sich Bestrebungen, die die sozialen Interessen breiter Volksmassen bedrohen, fälschlich auf sie berufen; wenn zum Beispiel der Versuch des Aufbaues einer „berufständischen“ Ordnung, der sich auf die Enzyklika Quadragesimo anno beruft, mit Maßregeln verknüpft würde, die die Rechte, die Institutionen, die Interessen der Arbeiterschaft bedrohen, ohne daß die Kirche gegen solchen Mißbrauch der Enzyklika Einspruch erhebe, so würde vor dem Volke die Soziallehre der Kirche für Maßregeln verantwortlich erscheinen, die in Wirklichkeit ganz andere Interessen dienen.“

Es ist absolut nicht anzunehmen, daß die römisch-katholische Kirche sich selbst völlig aus der Politik ausschaltet, sich um rein irdische Dinge nicht mehr kümmert und sich lediglich auf die Vorbereitung der Menschen für den Himmel beschränkt. Die Machthaber der Kirche haben übrigens tausenderlei Möglichkeiten indirekt mächtigen Einfluß auf vorgeschobene Politiker zu üben.

Wenn schon der Papst flüchtig seine Kirche vor Verlusten durch die verfehlte Politik der Geistlichen zu schützen sucht, entsteht die naheliegende Frage: wie stehts damit in der Tschechoslowakei? Hier spielt die römische katholische Geistlichkeit in der Politik bekanntlich eine sehr große Rolle. Da gibt's zahlreiche Priester als Abgeordnete, Senatoren etc., von Herrn Minister Sramel gar nicht erst zu sprechen. Welche führende politische Rolle der römisch-katholische Klerus speziell in der Slowakei innehat, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. In der Tschechoslowakei haben wir auch streitbare Bischöfe — man denke nur an Kapar —, die nicht von sozialen Erwägungen „angetränkt“ sind, wie es der abgesetzte Prager Erzbischof Dr. Kordak war. Ja, es scheint, als ob hierzulande die „Schwarzen“ immer mehr Geistliche in die vorderste politische Kampffront schieben möchten. Denn es ist sehr auffällig, daß angesichts der Ernennung von Ersatzfunktionären an Stelle der Mandatäre der nationalsozialistischen und deutschnationalen Partei in vielen Gemeinden Geistliche seitens der Christlichsozialen den politischen Be-

hörden präsentiert werden. So z. B. in Böhmen, Seipa, Páida und Teichen. Es sieht also nicht darnach aus, als ob bei uns die Romkirche dem Wunsche des hl. Vaters nach „Neutralisierung“ der Geistlichkeit Rechnung tragen wollte. Schon gar nicht wird man die geweihten Stätten von der Politik ausschalten. Und die katholischen Zeitungen vom Schlage der „Deutschen Presse“ werden nach wie vor eine kapitalistisch-fascistische Politik mehr oder weniger offen unterstützen. Die Enzyklika Pius' XI. Quadragesimo anno spricht es tadellnd aus, daß nach den geltenden Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiter zu ewigem Elend und zu einem Leben an der Grenze des Existenzminimums verdammt sein soll. Unsere „Schwarzen“ wollen daran nur insoweit etwas ändern, als sie die christliche Nächstenliebe beim — Unternehmer erwecken wollen. Und wenn die Enzyklika Pius' XIII. „Rerum novarum“ feststellt, daß nur eine verschwindend kleine Schicht gut-

gestellter und sehr vermöglicher Leute eine breite Masse von Besitzlosen in beinahe sklavischer Abhängigkeit halten, so wollen und können die politisierenden Geistlichen im Wesen an diesem Grundzug der kapitalistischen Wirtschaft verdammt wenig oder gar nichts ändern. Auf die antisoziale Einstellung des politisierenden römisch-katholischen Klerus der Tschechoslowakei ist es nicht zuletzt zurückzuführen, daß der Abfall von der Kirche hierzulande so groß ist, wie kaum anderswo in Europa, ausgenommen in Schwiztruland.

Uns Sozialdemokraten kann es wahrlich gleichgültig sein, was die Romkirche der Tschechoslowakei angesichts der erwähnten Vorgänge in Oesterreich tut oder nicht tut: wir sind ja nicht ihre Vormünder. Immerhin ist es wert, auf die Unterschiede in der Haltung der tschechoslowakischen und österreichischen Bischöfe in der Frage der politischen Aktivität der Geistlichkeit hinzuweisen.

Die Verständigung mit Ungarn

Eine Rede Dr. Beneß

Dr. Beneß sprach im Rahmen seiner Vortragstour durch die Slowakei gestern in Nové Zámky (Neuhäusel) über die ungarische Frage. Er führte u. a. aus:

Das alte Oesterreich-Ungarn hoffte durch die Einführung der österreichischen zentralistischen Germanisation und der ungarischen zentralistischen Magyarisation das Reich der Habsburger zu retten. Die europäische Entwicklung der Prinzipien der französischen Revolution und Demokratie haben diese Konstruktion und dadurch das Reich der Habsburger vernichtet, ebenso wie sie aus den gleichen Gründen den europäischen Teil des türkischen Reiches vernichtete. Dabei rettete sie aber die magyarische nationale Idee, die magyarische Nation als eine der mitteleuropäischen kleinen und neuen Nationen, welche ebenso Recht auf Leben, auf Entwicklung der nationalen Kultur, gute wirtschaftliche Entwicklung haben, wie die polnische, tschechoslowakische, rumänische, jugoslawische, bulgarische und griechische Nation. Darin ist die nationale Idee und deren europäische Entwicklung die unzerstörbare Garantie des Lebens und der Zukunft der magyarischen Nation. Die Nachteile dieser unaufhaltbaren Entwicklung für die Magyaren waren die, die sich während des Weltkrieges und auf der Friedenskonferenz zeigten und welche schon in den Jahren 1848 Ludwig Kossuth in seinen Briefen, wie Oskar Jaszi kürzlich in seiner Studie richtig zeigte, vorausahnte.

Die territoriale Integrität des ehemaligen Ungarn ist unausweichlich und für immer durch die heutige Entwicklung und Befestigung der nationalen Idee in Europa beseitigt, vernichtet. Von dieser Entwicklung gibt es keine Rückkehr. Es gibt in Europa keinen ernstlichen Politiker, keinen Wissenschaftler, Historiker, Philosophen, keinen Publizisten, Diplomaten oder Staatsmann, der nur für einen Augenblick noch die Möglichkeit der ehemaligen ungarischen territorialen Integrität in Erwägung zöge.

Ebenso wie wir daher auf das entschiedenste die magyarische Politik und Propaganda ablehnen, die danach greift, was unser ist, ebenso ist es unser als siegreichen Nation würdig, wenn wir auch von unserem Standpunkt in auswärtigen Angelegenheiten nicht abgeben können und abgeben werden, für die schwierige Situation des heutigen Ungarn und für sein nationales Leid Verständnis zu haben. Wir hegen zur magyarischen Nation keine feindseligen Gefühle, wir empfinden keinen Haß gegen sie, in Zukunft können unsere Interessen einander wieder begegnen und daher wollen wir heute in gegenseitigem Respekt, in Loyalität und Ruhe abwarten, bis die Zeit die Wunden heilt, die der Krieg und die Revolution geschlagen hat. Oft, wenn man so bei uns sprach, wurde das in Ungarn nicht verstanden. Wir sprechen so aus Überzeugung, weil wir einerseits keine Befürchtungen vor irgend etwas haben, andererseits weil wir gute Befürchtungen von irgend etwas haben, andererseits weil wir gute Beziehungen wünschen. Nicht einmal die heutige übertriebene, unwahre Propaganda gegen die Kleine Entente hört uns aus unserer Ruhe oder führt uns von dem würdigen, friedliebenden, aber festen, unausweichlichen Wege unserer Politik.

Wir begreifen, daß auch der ungarische Staat sich schwer mit der europäischen Schicksalsentwicklung und mit der definitiven Herauskräftigung des Nationalitätenprinzips in Nationalstaaten befreunden, wie sie die nationale Idee in der heutigen Phase ihrer Entwicklung und die Entwicklung zur Demokratisierung Zentraleuropas repräsentiert. Aber ich bin überzeugt, daß insbesondere bis die heutigen hochgehenden Wellen des europäischen Nationalismus, die durch die Ideologien des Faschismus und Nationalsozialismus unterstützt werden, abfallen werden, diese Entwicklung mit der Zeit insbesondere die junge magyarische Generation verstehen und schätzen wird.

Die Hilfe für die deutschen Flüchtlinge

Schlusssitzung in Lausanne.

Lausanne, 8. Dezember. Der Verwaltungsrat des Amtes für den Schutz der Flüchtlinge aus Deutschland hielt heute hier seine Schlusssitzung ab. Der Vorsitzende, Lord Cecil, gab bekannt, daß ein Beratungsausschuß gebildet wurde, der dem Verwaltungsausschuß und dem Kommissar James Macdonald aushelfen wird und sich aus Vertretern einer Reihe von jüdischen und katholischen Unterstützungszustandorganisationen und aus Vertretern der Kinderschutzorganisationen zusammensetzt. Der dreigliedrige Finanzausschuß, dem für die Tschechoslowakei Dr. Max Loblowitz angehört, befaßte sich mit den Budgetfragen des gegebenen Problems.

Der Amerikaner Chamberlain führte aus, es handle sich nicht nur um eine Wohltätigkeit bei der Aktion zu Gunsten der deutschen Flüchtlinge, sondern auch um die Rekonstruktion ihres Lebens.

Für die tschechoslowakische Regierung sprach Dr. Loblowitz. Er führte aus, daß die Tschechoslowakei Deutschland näher sei als irgendein anderer Staat und daß sie ebenfalls unter der Wirtschaftskrise leide. Er zitierte dann die Kundgebung des Ministers Dr. Beneß in der Nationalversammlung vom 8. November d. J. über die Frage der Flüchtlinge aus Deutschland und hob hervor, daß die Geschichte der Tschechoslowakei reich an Emigrantenfragen ist. Dr. Loblowitz erwähnte die böhmische, mährische und slowakische Emigration in den vergangenen Jahrhunderten, gedachte Komenskýs und führte aus, daß dank der Anstrengungen der tschechoslowakischen Emigranten während des Weltkrieges, Masaryks und Beneßs die Tschechoslowakei ihre Unabhängigkeit erlangt habe. Es sprachen dann der französische Vertreter Senator Berenger, der polnische und ungarische Vertreter und Lord Cecil für England. Macdonald schloß die Sitzung mit dem Versprechen, daß der Verwaltungsrat des Amtes für die deutschen Flüchtlinge die ihm anvertraute Aufgabe erfüllen wird.

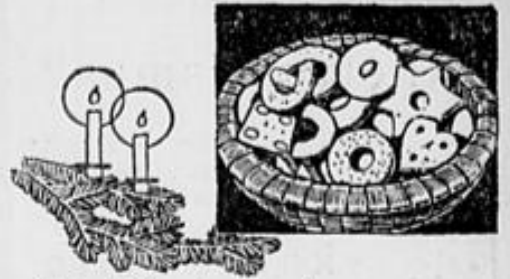
Weihnachten naht: Boykott deutscher Spielwaren!

Der Nationalrat der französischen Föderation der Angestellten-Gewerkschaften forderte kürzlich seine Mitglieder zum schärfsten Boykott Hitler-Deutschlands auf. Es heißt in dem Aufruf, der dem Boykott-Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausdrücklich beigefügt und insbesondere auch zum Boykott deutscher Spielwaren auffordert (die in vielen Ländern eine Art Monopolstellung einnehmen):

„Die Angestellten und Handelsreisenden können die besten Hilfskräfte sein in diesem Kampf. Der Nationalrat appelliert dabei nicht an kleinlichen Nationalismus, den er in allen Formen ablehnt, sondern betrachtet den Boykott als eine Waffe in den Händen jener, die die Freiheit lieben. Diese Waffe kann und soll letzten Endes der Sache der deutschen Arbeiterhelfer dienen. Der Nationalrat fordert seine Mitglieder dringend auf, nicht nur keine deutschen Waren zu kaufen, sondern sich auch zu weigern, solche zu verkaufen. Unsere Aktion muß verstärkt werden im Augenblick, wo speziell Spielzeuge in den Handel gelangen. Unsere Namenraben müssen ihre Aufmerksamkeit verdoppeln, da die Gehäfte in großen Mengen deutsche Spielwaren verkaufen. Der bereits im vergangenen Jahre angepropierte Stand des Verkaufs von in Deutschland hergestellten Kriegsspielzeugen, wie Tanks usw., muß aufhören. Solange das Hitler-Regime dauert, müssen sich die Angestellten und Reisenden weigern, deutsche Spielwaren zu verkaufen.“

Faschismus durch Demokratie

Neapel, 8. Dezember. Der Verband ehemaliger Frontkämpfer hat dem Büro des Parlaments einen Lebensentwurf eingereicht, der für das Verbot der marxistischen Parteien und die Beschlagnahme ihres Vermögens eintritt. Der Verband fordert, daß entsprechend der Verfassung Maßnahmen ergriffen würden, um diesen Gesetzentwurf einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Gleichzeitig hat der Verband an den Staatschef eine Denkschrift gerichtet, in der das sofortige Verbot der Betätigung marxistischer Organisationen gefordert wird.



Alle Kinder bekommen begehrlche Augen....

Das Weihnachtsgebäck ist Mutter aber auch prächtig geraten! So mürbe und locker, so knusprig und lecker. So gut, wie mit Vitello stets alles gerät!

VITELLO DELIKATESSE-MARGARINE

Die „Amnestie“

Nach den Wahlen vom 12. November ver-sprachen die nationalsozialistischen Machthaber eine Amnestie. Statt der Amnestie erfolgen jetzt täglich Massenverhaftungen, über die auf ausdrückliche Anweisung der Geheimen Staatspolizei die Presse nicht mehr berichten darf. Wie die in Prag erscheinende Sopade-Information mitteilt, sind allein in den letzten vier Wochen mehr als 1000 frühere Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Und zwar allein in Dresden 500, in Chemnitz 190, in Breslau 120. Da auch unter den übrigen oppositionellen Gruppen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, so sind die Gefängnisse und Konzentrationslager so überfüllt, daß häufig Entlassungen von Inhaftierten nicht aus rechtlichen oder politischen Erwägungen erfolgen, sondern einfach aus Mangel an Platz. Das ist umso bemerkenswerter, weil entsprechend den barbarischen Grundzügen des neuen nationalsozialistischen Strafvollzugs die Gefängnisse bereits vier- bis sechsfach so stark belegt sind als früher. Wenn also überhaupt eine Amnestie erfolgt, so nicht, weil man begangenes Unrecht sühnen oder einen Strich unter das Vergangene ziehen will, sondern nur, weil Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager und SA-Folterstätten überfüllt sind.

Amerika bleibt abseits

New-York, 8. Dezember. Der Washingtoner Berichterstatter der „New-York Times“ meldet: Sollten die Forderungen Mussolinis nach einer Reform des Völkerbundes den Zweck verfolgen, die Vereinigten Staaten zu einem Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, so ist dieses Bestreben umsonst. Allgemein wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten nicht dazu bewegen könnte, in den Völkerbund einzutreten.

Italienischer Gegenbesuch in Berlin

Berlin, 8. Dezember. Das Wolff-Büro meldet aus Rom: In Erwiderung der deutschen Ministerbesuche in Rom wird sich der Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium Subich Anfang nächster Woche zu einem mehr-tägigen Aufenthalt nach Deutschland begeben.

Einander würdig. Der italienische Botschafter in Berlin überreichte dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels im Namen des Königs von Italien den „Orden der Krone von Italien“ zugleich mit einem persönlichen Schreiben des italienischen Regierungschefs, in dem Mussolini Reichsminister Dr. Goebbels seinen herzlichsten Glückwunsch übermittelte.

Zusammentritt des spanischen Parlaments

Madrid, 8. Dezember. Die neuen Cortes sind heute nachmittags unter ungewöhnlicher Beteiligung und großem Interesse zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Die Sitzung, in der die Wahl des Vorsitzenden und der vier Vizepräsidenten vorgenommen wurde, hatte aber nur formalen Charakter. Die Sozialisten verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Auch die republikanische und die katalanische Linke beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Zum Präsidenten wurde der konservative Santiago Alba mit 231 Stimmen, zum ersten Vizepräsidenten der Führer der Agrarpartei Casanueva mit 283 Stimmen gewählt. Es wird bemerkt, daß die heutige Wahl nur eine vorläufige ist, und daß die definitive Wahl des Präsidiums erst nach Auerkennung aller Mandate erfolgen wird.

Leiden Sie an Rheumatismus?

Beraten Sie sich mit Ihrem Arzte, was Sie dagegen tun sollen und

kaufen Sie

Menthol-Franzbranntwein

ALPA

Alpa-Massage verschafft Ihnen Linderung, beschleunigt den Blutkreislauf, gewährt dem Körper die erforderliche Nahrung, stärkt die Muskeln und wirkt wohltuend auf die Nerven.

Wozu der „Bohemia“ ein Todesfall gut genug ist!

Die „Bohemia“ umschreibt in ihrem Nachruf für Hans Knirsch dessen Lebensziel, den Arbeitern den Klassenkampf auszusprechen und sie zu einer willigen Gefolgsarmee des Bürgertums zu machen, dahin, daß er „den deutschen Arbeiter für das Volk zurückgewinnen“ gesucht hätte. Und insofern, nämlich als ein bürgerlicher Arbeiterführer, sei er gar kein Parteimann, „in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes“ gewesen, denn: „oft und oft sagte er, wenn die deutsche Sozialdemokratie den Bau finden würde, sich so zu ihrem Volke zu bekehren, wie es die tschechischen und polnischen Genossen taten, so wäre sein erstes, die Auflösung seiner Partei zu beantragen und selber zur Sozialdemokratie überzutreten“.

Ganz abgesehen davon, daß Knirsch das „oft und oft“ ausgerechnet den „Bohemia“-Leuten in die Ohren geflüstert haben soll und die „Bohemia“ also zu einem Wahrheitsbeweis nicht verhalten werden kann, weil sie sich eben dieses angebliche Knirsch-Wort just für die Zeit ausgesucht hat, da er tot ist, — ganz abgesehen davon paßt der alte bürgerlich-journalistische „Ladenhüter“, mit dem da Knirsch als Toter ausstaffiert wird, ganz ausgezeichnet in die „Bohemia“. Seitdem es eine Sozialdemokratie gibt, hat das Bürgertum in allen Ländern immer wieder den Trick versucht, den angeblichen Nationalsozialismus anderssprachigen Sozialdemokraten gegen die eigenen Sozialdemokraten auszuspielen. Für die chauvinistischen Schatzkammer Sozialdemokraten prachtvoll nationale Kerle, die altösterreichische Bourgeoisie hat uns deutschen Sozialdemokraten immer die nationale Haltung der tschechischen Genossen als Muster hingestellt, das nationalsozialistische Deutschland war scheinbar entzückt von Jaurès und die tschechische Rechte hat es oft genug versucht, uns deutsche Sozialdemokraten als „hakenkreuzerfüllt“ hinzustellen. Hans Knirsch, der die Partei der Gelben gegen die Sozialdemokratie ins Leben rief, unterschied sich, so wie keine altösterreichische und dann keine jüdisch-deutsche Partei von der Sozialdemokratie nicht nur durch den extremen Nationalismus, sondern eben durch seine o- und antisozialistische Einstellung, durch seine Verleugnung und Bekämpfung des Klassenkampfgedankens. Wir überschätzen das Wissen in der „Bohemia“ nicht — aber das weiß sie. Aber da auf gewisse Mädchen immer wieder Dumme hinfallen, verliert sie es halt neuerdings. Und in jüngster Zeit dürfte die Reizung der „Bohemia“ zu so unerhörter Politik, die ihren Geschmack nicht einmal in Nekrologen verlor, noch vornehm genährt worden sein durch die für die „Bohemia“ und ihr Geschäft gewiß sehr unangenehme Tatsache, daß der „Sozialdemokrat“ mit seinen Kopfbältern ab Neujahr anderswo gedruckt werden wird. Man wird begreifen, daß angeht dieser Tatsache die „Bohemia“ ihrem abhängigen Preisen auf solche Weise Lust zu machen sucht!

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag:

Prag: 6.00 Quartaal; 10.10 Festprogramm zum zehnjährigen Bestand des tschechoslowakischen Rundfunks; 10.35 Konzert des Ondrej-Quartetts; 11.10 Orchesterkonzert; 12.35 Mittagskonzert; 14.00 Sozialinformationen; 18.00 Deutsche Sendung: Vorkauf auf das Musikprogramm; 20.05 Festkonzert. — Brünn: 9.15 Konzert der Gelangvereinigung; 18.00 Deutsche Sendung: Konzertstücke. — Pilsen: 11.10 Orchesterkonzert; 18.00 Slowakische Lieder. — Wien: 10.00 Bedeutende Klavier- und Orgelwerke von Bach; 10.30 Lieder und Arien; 19.00 Chorkonzert; 20.00 „Die spanische Nachtigall“, Operette von Leo Fall. — Salzburg: 16.00 Nachmittagskonzert. — 18.15 Das Quartett & Roma spielt. — Berlin: 15.10 Deutsche Barock in Wort und Bild.

Vom Sinken des Lebensstandards der Arbeitnehmer in den letzten fünf Jahren.

Was die Statistiken der Genossenschaften erzählen. — Hunger in Ziffern.

Die richtige Beurteilung der Situation auf dem Inlandsmarkt, das heißt letzten Endes der Kaufkraft, der Konsumtionsfähigkeit der breiten Massen ist besonders in diesen kritischen Zeiten von größter Bedeutung, da von ihr ja zum großen Teil die Lage der Produktion abhängt, mit deren Beschäftigungsgrad wieder die Arbeitslosigkeit in direktem Zusammenhang steht. Das Statistische Staatsamt hat nun umfassende Erhebungen in einem Sektor des Verteilungsprozesses eingeleitet, der am anschaulichsten und unmittelbarsten über die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung Aufschluß gibt, nämlich auf dem Gebiete des Kleinhandels. Die von den zuständigen Körperschaften und Organisationen des Kleinhandels eingeholten statistischen Daten bieten also eine verlässliche Grundlage für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation breiterer Schichten und gestattet einen lehrreichen Überblick über deren Entwicklung in den letzten Jahren.

Eine außerordentlich wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die statistischen Ausweise der Konsumgenossenschaften über ihren Umsatz, Mitgliederstand, Warenvorräte und die Außenstände bei den Genossenschaftsmitgliedern. Doppelt interessant sind diese Statistiken dadurch, daß die von ihnen erfassten Kreise sich ja fast ganz aus Arbeitnehmern zusammensetzen, so daß diese Ziffern gleichzeitig die wirtschaftliche Lage und die Höhe des Lebensstandards der arbeitenden Klasse illustrieren. Die folgenden Daten sind einem Artikel von Dr. R. Naimwald im letzten Heft des „Stat. Oberv.“ entnommen („Erhebungen über Verbraucherkredit, Umsatz und Vorräte im Kleinhandel“).

Auf der einen Seite weisen die drei großen Genossenschaftsverbände („Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften“, „Unie“ und „Ufstedt-Obv.“) seit 1928, also in den letzten fünf Jahren, ein

ununterbrochenes Ansteigen ihrer Mitgliederzahl

aus, dem auch die Krise keinen Einhalt tun konnte. Alle drei Verbände zusammen haben in den erfassten Genossenschaften (es wurden nur solche mit über 1000 Mitgliedern berücksichtigt) um 121.531 Mitglieder zugenommen (um etwa 25 Prozent) und weisen zum Juni 1933 einen Gesamtstand von 596.097 aus. Der deutsche „Verband“ partizipiert an dieser Ziffer mit 231.453 Mitgliedern (Zunahme gegen 1928 = 43.837). Die Anzahl der Verteilungsstellen ist insgesamt um 1038 gestiegen und beträgt im Juni d. J. 3586. Der Verband allein zählt deren zum angegebenen Termin 1440 (Zunahme 360). Natürlich haben auch Warenvorräte und Umsatz eine Steigerung erfahren, aber diese Steigerung steht in keinem Verhältnis zu der Zunahme der Genossenschaftsmitglieder. Mit anderen Worten:

Die Kaufkraft der Genossenschaften ist in erschreckender Weise in diesen fünf Jahren gesunken.

Während die Mitgliederzahl um etwa 25 Prozent gestiegen ist, hat sich der Umsatz nur um etwa 16,47 Prozent erhöht. Doch wir sind in der Lage, das Sinken der Lebenshaltung noch deutlicher darzustellen.

Tagessneuigkeiten

Aus dem Gerichtssaal entflohen und freiwillig zurückgeführt.

Böhm.-Budweis, 8. Dezember. Am Mittwoch wurde der bereits einmalig verurteilte Peter Uhlík zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Nach dem Urteil überfiel Uhlík im Gerichtsgebäude den Gendarmereiwachmeister Adamovský und den Hauptzeugen Kalista und jagte beiden blutige Verletzungen zu. Dann ergriff Uhlík die Flucht. Die Staatsanwaltschaft ersuchte die Sicherheitsorgane, ihn zu verhaften. Eine Patrouille der Budweiser Fahndungsstation verfolgte Uhlík mit einem Automobil. Trotzdem sie ihm auf dem Fuße folgte, gelang es Uhlík zu entkommen. Donnerstag abends kehrte aber Uhlík nach Böhm.-Budweis zurück, wo er sich freiwillig dem Untersuchungsrichter stellte.

Für eine halbe Million Falchgeld.

Chicago, 8. Dezember. (Reuter.) Die Chicagoer Geheimpolizei nahm in einem Hause in der Umgebung der Stadt unerwartet eine halbe Million Dollar Falchgeld sowie das entsprechende Falschmünzwerkzeug. Bei der Durchsichtung wurden zwei Personen verhaftet, von denen eine der Bande Al Capones angehört. Man fand bei ihm 20.000 Dollar in gefälschten Banknoten.

Eine wenig angenehme Fahrt.

Budapest, 8. Dezember. Beim Eintreffen des Orient-Expresszuges im hiesigen Ostbahnhof bemerkten die Eisenbahnangestellten einen Mann, der unter einem Wagen hervorkroch. Er wurde angehalten, wobei festgestellt wurde, daß es sich um den 37-jährigen Zimmermanngehilfen Johann Hudal handelt, der die ganze Strecke von

Wenn wir den Umsatz auf einen täglichen Durchschnittswert pro Kopf umrechnen, so ergibt sich (für alle drei Verbände zusammen) im Jahre 1928 ein durchschnittlicher Tagesumsatz von 6,98 Kr pro Mitglied. Im folgenden Jahr 1929 (dem letzten Konjunkturjahr) zeigt sich eine Erhöhung auf 7,01 Kr, dann aber beginnt ein unauffälliges Abgleiten dieser Ziffer, die im ersten Halbjahrsdurchschnitt 1933 bis auf 5,43 Kr sinkt. Den aller ungünstigsten Verlauf zeigt — ein bezeichnendes Beispiel für die Not des deutschen Gebietes — der deutsche „Verband“ dessen Durchschnittsumsatz pro Kopf innerhalb dieser fünf Jahre von 7,04 Kr auf 5,14 Kr abstürzt. Noch klarer wird die Lage, wenn wir den Stand von 1928 mit der Indexzahl 100 annehmen. Bis zum Jahr 1930 wird dieser Index teils überschritten, oder doch nicht allzu stark unterschritten. (Die Entwicklung ist bei den einzelnen Verbänden nicht einheitlich.) Dann aber senken sich die Indexzahlen rapid. Für den deutschen „Verband“ ist der Verlauf so, daß die Jahre 1929 bis 1930 den Normalindex überschreiten (105,85, bzw. 103,29); in den folgenden zwei Jahren fiel er auf 91,62. Für das erste Halbjahr 1933 beträgt er aber nurmehr 77,77. Das bedeutet, daß

der Einkauf der lebensnotwendigsten Waren um mehr als ein Fünftel gesunken ist. Die Worte „Lebensnotwendigste Waren“ sind zu betonen. Die Artikel, die in den Konsumgenossenschaften verkauft werden, sind ja Gegenstände des dringendsten und unabweislichsten Lebensbedarfes, in erster Reihe Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände. Wenn bei solchen lebensnotwendigen Bedürfnissen eine Reduzierung des Verbrauches um ein Fünftel vollzogen wird, dann kann man sich un schwer eine Vorstellung davon machen, welche Einschränkungen der arbeitende Mensch auf anderen Gebieten vorzunehmen gezwungen ist. Nachfolgend seien einige vielzählige Kommentare wiedergegeben, von welchen die statistischen Monatsberichte verschiedener Genossenschaften bezeugt waren:

Männer 1933: „... Größtes Sinken des Umsatzes bei teureren Kolonialwaren (Kaffee, Koffein, Tee, Gewürzen) und Galanteriewaren. Zunahme bei billigen Wechsellagen, Kornkaffee usw.“

Trotz Neueintrittes von 1980 Mitgliedern im Jahre 1932 sinkt der Umsatz ständig... die Einkäufe beschränken sich auf notwendigste Nahrungsmittel, Textilwaren, Eisen, Emaille, Porzellan- und Glaswaren werden kaum mehr gekauft.

Heber: „... Verhältnisse verschlechtern sich. Zuckerverbrauch sinkt, man kauft mit Zucker und ist nur zweimal täglich.“

... Außenstände steigen ständig... „... Einkäufe werden in kleinsten Mengen besorgt: ein Achteil Liter Zucker statt ein Kilogramm.“

April (im übrigen ein Monat leichter Besserung durch Saisonarbeitenbeginn):

... Steigender Abfall der allerbilligsten Margarine (7,10 Kr pro Kilogramm), welche Butter, Fett und bessere Margarineorten verdrängt...“

Und dies nur einige Proben!

Dr. Bg.

Rüstenwächter von Schmugglern entführt.

Glace Bay, 8. Dezember. Bei New-Scotland wurden fünf kanadische Küstenpolizeibeamte von einem Rüstenschmugglerschiff entführt.

Kinderbücher — gleichgeschaltet. Alljährlich im September und Oktober tauchen auf dem Büchermarkt Neuerscheinungen von Kinderbüchern in Menge auf. Immer gelang es dem, der imstande war, Weizen von Syrien zu sondern, aus der unglücklichen Masse des Gebotenen Brauchbares für Arbeiterkinder herauszufischen. Von der Massenproduktion vergangener Jahre ist nichts geblieben und auf den Schreihäufen, auf denen der deutsche Geist verbrannt wurde, sind auch die angeborenen Kinder deutschen Geistes in Flammen aufgegangen. Was übrig blieb, ist weder Geist noch Literatur zu nennen. Ein Blick auf Titelreihen dieser Neuerscheinungen allein zeigt schon, was da geschehen wird: „Batterie Glahn“, „Kriegsfreiwilliger auf der Emden“, „Schicksalskämpfe der deutschen Geschichte“, „U-Boote vor New York.“ — Kriegsgeschichte, Besetzungshandwerk als Heidentum überhäuft durch die alte Phrase vom „Platz an der Sonne“, der von der deutschen Jugend „mit der Waffe in der Hand“ erobert werden müsse — das sind die Tendenzen, die diese Erzeugnisse des Ungeistes kennzeichnen. Eltern, denkt mehr denn je daran, daß ein Buch oft bestimmenden Einfluß auf die Lebenshaltung eurer Kinder hat! Wählt eure Bücher vorsichtig! Kauft nur bei verlässlichen Stellen eurer Organisationen! Weidet auch hier die Produkte des Dritten Reichs!

Der Hafen Gdingen fertiggestellt. Unter Beteiligung von vier Ministern wurde Freitag der neue Hafenbahnhof und die Gdingener Freizeithalle feierlich dem Betriebe übergeben.

Vorweihnachts-Strafe.

Nichtreflexen, Lannendäume, Sturmangriff aufs Vortemnonale, Schnee aus Waite, Rindertränne, „Kaufen Sie — nur 12 Kal“

Nu den hellen Schelben Neben Rinderangen, tief verblüht, Ach, durchfliehet es sie eben, Scheibe — wieht du eingebückt?!

Auf den Straßen liegt ein Pfimmern, Selbst die Preise ziehen an, Womit in den kalten Zimmern Jeder niemand heizen kann!

Friedlich rufen tausend Dinge, Die Verführung tiefen groß, Hat Dich glücklich in der Schlinge — Ohne Geld — wie kauft man bloß —? Pierre.

Ein Reger getötet und verbrannt.

New York, 8. Dezember. Wie aus Kounze (Texas) gemeldet wird, wollte die Polizei heute einen Reger verhaften, der beschuldigt war, eine weiße Frau entführt und getötet zu haben. Der Reger setzte dem Beamten Widerstand entgegen. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf die Polizei den Reger tötete. Die Verbleibende entziff ihn hinter einem Automobil durch das Regerviertel. Dann errichtete sie einen Scheiterhaufen und verbrannte den Leichnam.

Aechin in Mährisch-Osttau. Donnerstag abends spielte Weltmeister Aechin in Mährisch-Osttau an fünfzig Brettern simultan. Die Vorstellung dauerte bis drei Uhr früh. Das Ergebnis derselben war: Aechin gewann 23, verlor fünf Partien; sieben Partien endeten unentschieden.

Neue Ablühlung. Nach einer vorübergehenden Erwärmung drang in der Nacht auf Freitag vom Nordosten her neuerlich kühlere Luft in unsere Gegenden ein. Die Ablühlung ist besonders in höheren Lagen fühlbar. In den letzten 24 Stunden hat es im ganzen Staate schwach geschneit, die Niederschlagsmenge übersteigt jedoch nirgends 2 Millimeter. Im Norden des Festlandes herrscht ein sehr unbeständiges Wetter. Die Druckstörung, die vom Polarmeer nach Finnland durchbrach, hat in Skandinavien, wo Donnerstag strenge Kälte herrschte, einen Temperaturrückgang hervorgerufen. — Wahrscheinliches Wetter vom Samstag: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Ausfrierung, Abwärt des Frostes, im Ganzen schwacher Wind. Wettervorhersage für Sonntag: Nachlassen des Frostes.

Deutschland bestraft die ganze Welt. Der preussische Justizminister Kerl hat der deutschen Reichsregierung vor einiger Zeit eine Denkschrift über das kommende nationalsozialistische Strafrecht unterbreitet. In dem Entwurf wird gefordert, daß alle Menschen, die sich gegen die deutschen Interessen vergehen, nach dem Gesetz des Dritten Reiches bestraft werden, gleichgültig, ob sie das „Verbrechen“ in Deutschland, in Frankreich, in England, in der Tschechoslowakei oder in Oesterreich begangen haben, gleichgültig, ob sie deutsche, französische, englische, tschechoslowakische oder österreichische Staatsangehörige sind. Jedem ausländische Politiker, der sich in einer Rede gegen die deutsche Regierung wendet, jeder ausländische Journalist, der in seiner Zeitung die Zustände des Dritten Reiches kritisiert, wird also künftig von der deutschen Justiz verfolgt, die Bürger aller Staaten werden künftig Objekte der deutschen Blutrichter, Kerlmeister und offiziell beglaubigten Fernemörder sein.

Eine anschauliche Funkreportage. Auf der kürzlich in Kopenhagen abgehaltenen Ausstellung war auch ein Modell von einem durch Dieselmotoren angetriebenen Fährboot zu sehen. Eine Erklärung dieses Modells gab ein Ingenieur, der sich an Bord der zwischen Kopenhagen und Neor verkehrenden Fährre befand und dessen Ausführungen drahtlos zur Ausstellung weitergeleitet wurden. Die Zuschauer hatten Gelegenheit, über den dänischen Kurzwelleisender Fragen an den Ingenieur zu richten, auf die dann in Lautsprechern die Antwort ertönte.

Ein japanischer Gentlein. Der japanische Wortführer in Genf in Angelegenheit des Mandschukuo-Konfliktes, Matsuo, kündigte seinen Austritt aus der Regierung. (Der Seijukai-Partei und die Niederlegung seines Mandates im Abgeordnetenhaus an. Matsuo verläßt in der jetzigen Zeit, da sich das japanische Volk in einer Krise befindet, die Aufhebung der politischen Parteien und den politischen Zusammenschluß des Volkes.

Verbüßung der Schallplatten. In letzter Zeit fanden Unterhandlungen der Vertreter unserer Schallplattenindustrie über die Vereinbarung von psychischer Einhaltung der Schallplattenpreise statt. Es kam jedoch zu keinem einheitlichen Plane, da die Verhandlungen an den Interessen dreier gegenseitig eingestellten Parteien scheiterten. Inzwischen entschlossen sich zwei Konzerne zur Herabsetzung des Verkaufspreises von Normal-Schallplatten im Durchmesser von 25 Zentimeter auf Kr 15.— (statt des früheren Preises Kr 20.—) und für Normal-Schallplatten im Durchmesser von 30 Zentimeter Kr 22,50) statt des früheren Preises von Kr 20. Außerdem bringt eine Firma eine volle Schallplatte für den Preis von Kr 19.— auf den Markt.

Adolf Hitler und der Kaiser Franz

Heinrich Mann als Geschichtskritiker

Heinrich Mann hat unter dem Titel „Der Kampf um die deutsche Zeitgeschichte“ eine Sammlung polemischer und kritischer Essays veröffentlicht, die vor anderen Büchern über das neue Deutschland den großen und heute noch gar nicht in seiner ganzen Bedeutung abzuschätzenden Vorzug haben, daß ihr Autor sich der Verschiebung der polemischen Kategorien bewußt ist. Für die meisten Zeitkritiker, vor allem für jene Zweisinnigkeit im leeren Raum, der Kommunismus und bürgerlichen Evidenz eher verband als trennt, und die der Barbar nicht ganz mit Unrecht als Asphaltliteratur klassifizierte, lag das Problem nach dem Siege der Hitlerdiktatur ja sehr einfach. Man entzieht sich, so gut es geht, dem Mörderarm der SA, und beginnt gegen Hitler zu polemisieren, was mit „Kämpfe“ übersetzt werden soll. So wie man Brüning, Geering, Groener, Ebert, Noske, manchmal sogar Thalmann bekämpft hat, so wird man jetzt eben Hitler bekämpfen. Welch wahrhaftiges Vorhaben! Welche Blindheit, dem Wahnsinn mit der Logik zu kommen und so selbst in den Verdacht des Wahnsinns zu geraten! So in der Rolle des jüdischen Fremdenhausbesuchers, der dem verfolgungswahnsinnigen Welter gut zuredet: „Du bist nicht aus Glas, Du wirst nicht zerbrechen. Du bist meschugge!“ — befindet sich seit Monaten die übergroße Mehrheit der Zeitkritiker. Denn sie haben noch immer nicht verstanden, wieviel's geschlagen hat „in dieser gottgesandten Zeit und Stunde“.

Bei Heinrich Mann zum erstenmal merkt man, daß er sich des ungeheuerlichen Risikos bewußt ist, der durch die Welt geht und den keine gemüthliche Polemik überdauern kann. Er weiß um die Schicksalsfrage dieser Zeit, die kompromißlos und ohne Erbarmen lautet: Wer wagt? oder als Parole der Andern, die es früher begreifen haben, prophetisch vorweggenommen in Vert Brechts Prophetie vom „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“: „Denn wie man sich bettet, so liegt man, es kommt keiner und deckt einen zu; und wenn einer tritt, dann bin ich es — und wird einer getreten, bist Du!“

Heinrich Mann beschwört die Vision der „Verkrachten“ heraus, die darangehen, die Welt nach ihrem Ebenbilde zur Mühsal umzuschaffen. Er zeichnet die Ausgeburt des Pafes, aber er zeichnet sie ohne lauten Haß, ohne polemischen Eifer, ohne verhallendes Pathos, mit der Sachlichkeit des Anatomen oder des Physiologen. Er weiß, was nottut Selbstbestimmung der Opfer, die vor lauter Geschrei noch nicht dazugekommen sind, darüber nachzudenken, wie denn wirklich der Trost erlegt werden, wie die Mauern von Jericho zum Einsturz gebracht werden könnten, da Trompetengeschmetter sie nicht erschüttert.

Dennoch zeigt dieses Buch die Grenzen der Zeitkritik auch des Dichters, der die Vision dessen hat, was Andern erst der Scheinwerfer des Polemikers aus dem Dunkel hebt. Wo Heinrich Mann geschichtliche Begründungen für den Nationalsozialismus sucht, dort tappt er selbst ins Dunkel oder hält das flüchtige Licht, das er zur Hand hat, für einen Stern, der leuchtet und führt.

Daß Hitler Oesterreicher ist, das erscheint in solcher Perspektive als die entscheidende Grundtatsache nicht nur seines Wesens, sondern auch des ganzen Systems. „Die eigentliche Herkunft aller Unterdrückung liegt für ganz Europa in der Wiener Hofburg“. Das gelte selbst für Italien, das im Faschismus die Methoden wieder aufnehme, die es einst der österreichischen Herrschaft abgesehen hatte. Wie milde war sie doch, diese Herrschaft der Metternichschen Polizei, gemessen an dem Faschismus Mussolinis oder gar Hitlers! Daß die deutsche Republik zugrunde gegangen ist, das ist nicht zuletzt auf die Oesterreicher zurückzuführen: „In viele Oesterreicher in wichtigen Stellen, glänzend als Mäcker und angenehm im Verkehr, das hat viel beigetragen, daß dieser ohnehin schwache Staat in Stücke ging.“ Wo waren sie diese einflussreichen Oesterreicher, die der Republik zum Verderben wurden? Sind denn die Hindenburg, Fugenberg, Saltschick, Bapen und wie sie sonst heißen, die Unglücksbringer und Unglücksbringer, Oesterreicher gewesen? Und ein paar Wiener Schmöder, neben den einheimischen Koryphäen doch nur die Schusterles der liberalen Publizistik Deutschlands, sollen die Atmosphäre so todbringend verpestet haben? Nein, Oesterreicher Sündenregister in Ehren, aber daß der ganz preußische Alpdruck der Menschheit noch auf dieses Schuldkonto komme, ist zuviel verlangt!

Auf eine Entschuldigung Preußens läuft nämlich diese Geschichtskritik, die weit der Teufel, welchem Ressentiment Heinrich Mann entspringen ist, am Ende hinaus. Hitler „beruht sich umsonst auf Friedrich von Preußen und Bismarck... eine glaubwürdigere Verwandtschaft besteht zwischen ihm und Franz von Oesterreich...“ Der Rassenhaß auch soll eine österreichische, eine habsburgische Erfindung sein, also eine Idee der einzigen übernationalen Dynastie Europas. Er war „als Regierungssystem unbekannt gewesen im Lande des Friedensfürsten Friedrich...“ Über etwas anderes war im Lande des Frei-

denkers Friedrich nicht unbekannt, sondern Tradition: das Auspeitschen von Menschen. Die Bastonade, der Lieblingsport der SA, ist eine preußische Tradition und der Sadismus war nirgends so geübt worden wie auf preußischen Kasernenhöfen und in preußischen Kadettenschulen. Der Koalition von Feldwebel, Pastor und Junker dankt man das deutsche Mordertum und seine perverse Reberseite. Wenn der Franzose von vico allomand — deutschem Vaster — spricht, so ist das nicht ganz richtig, es sollte vico prussien, preußische Vaster heißen. Mag sein, daß Hitler wenig vom alten Fritz hat und sogar manches vom Kaiser Franz (sicher nicht die Schnauze, die wilhelminisches Format hat), aber Goering und Hellborn, Heines und Röhm haben viel, allzuviel vom alten Preußengeist, den Heinrich Mann zu Unrecht in Schutz nimmt; denn er ist es, an dem die Welt verrecken wird, wenn sie ihn nicht auszulischen versteht. Das sollten Dichter und Zeitkritiker nicht verdunkeln und nicht beschönigen! Die Franzosen hatten so Unrecht nicht, als sie, scheinbar für eine fremde Sache sich erhehend, Revanche pour Sadowa forderten. Es war die Sache Europas, die auf den Höhen von Chlum verspielt wurde, als Preußen zur ersten Macht Europas wurde. Und immer wieder, solange Preußen steht und seinen Soldatenstiefel auf den Raden freier Nationen setzt, wird Europa die Schlacht bei Königgrätz schlagen müssen. Preußen, überdimensional verwickelt im Dritten Reich, ist heute wie zu Bessings Zeiten, da es doch von dem „Friedensfürsten“ Friedrich getreten wurde, das „slavischste Land Europas!“ E. F.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 29. und 30. November 1933 in Paris.

Unter dem Vorsitz von W. M. Citrine trat am 29. und 30. November 1933 in Paris der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu einer ordentlichen Sitzung zusammen, der die Genossen Jacobson, Foubaux, Meriens, Schorsch, Taperle, Generalsekretär Schevenels, Untersekretär Stolz sowie — als Vertreter der Internationale der Privatangestellten — G. J. A. Smit jun. beizuhörten.

Reorganisation des IGB: Der Generalsekretär unterbreitete dem Vorstand die von einer Unterkommission (Citrine, Foubaux, Schevenels) ausgearbeiteten Vorschläge über die durch die Verlegung des Sitzes von Berlin nach Paris veranlaßte Reorganisation und den strukturellen Umbau des IGB sowie die Zusammenarbeit mit den Internationalen Berufssekretariaten (IBS). Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, die Vorschläge den Landeszentralen und IBS zu unterbreiten. Sobald die Resultate dieser Erhebung bekannt sein werden, wird die Besprechung des Problems fortgesetzt werden. Im gleichen Zusammenhang traf der Vorstand allgemeine Sparmaßnahmen, die die Kontinuität der Arbeit des IGB gewährleisten und gleichzeitig ein finanzielles Gleichgewicht sichern können.

Kampagne zugunsten der 40-Stunden-Woche: Der Vorstand befahte sich mit der Organisierung der vor kurzem für die Zeit vom 14. bis 21. Jänner 1934 beschlossenen Propagandawoche sowie mit den Einzelheiten der allgemeinen Kampagne zugunsten der 40-Stunden-Woche. Er prüfte die bis jetzt eingegangenen Entwürfe eines Wettbewerbs für Plakate und Marken für die Propagierung der 40-Stunden-Woche und traf seine Wahl in Bezug auf die Propagandamarken, die sofort in allen Ländern verbreitet werden sollen. Der Beschluß über das zu wählende Plakat sowie die Verteilung der Preise wird später gefaßt werden.

Sozialpolitische Richtlinien: Der Vorstand genehmigte den endgültigen Text der vom Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel im Juli dieses Jahres angenommenen sozialpolitischen Richtlinien.

Erhebung über die Arbeitsbedingungen in Finnland, Polen, Estland, Lettland und Danzig: Der Vorstand nahm Kenntnis von der Erhebung über die Löhne und anderen Arbeitsbedingungen der Holz- und Papierindustrie sowie in der Handelschiffahrt in Finnland, Polen, Estland, Lettland und Danzig. Der Vorstand sprach über die erzielten Resultate seine Befriedigung aus.

Lage in Oesterreich: Der Vorstand befahte sich sehr eingehend mit der Lage in Oesterreich. Nach der Beschlußfassung über verschiedene Maßnahmen wurde der Generalsekretär beauftragt, die eingeleitete Aktion in diesem Sinne fortzusetzen.

Internationale Zusammenkunft jungerer Gewerkschaftsmitglieder: Die Internationale Zusammenkunft jungerer Gewerkschaftsmitglieder wird im Jahre 1934 vom 25. September bis 1. Oktober im Zusammenhang mit der Jahrhundertfeier zur Erinnerung an die vor 100 Jahren wegen des Versuchs der Errichtung von Gewerkschaften zu langjähriger Deportation verurteilten Dorsetshire Labourer in Dorchester (England) stattfinden.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 31. Jänner und 1. Februar in Paris statt.

In das Helm des Massenbewegten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat“ —



DUPLEX-Empfänger wurden in der CSR. verkauft. Denn dieses vorzügliche Gerät ist angesichts seiner Leistung, Qualität und Preises bewundernswert. Es kostet einschliesslich Röhren KČ 1.095.—. Fragen Sie diejenigen, welche diesen Empfänger bereits besitzen.

SYSTEM TELEFUNKEN

Fa. RADIOTECHNA, Praha I., Hradební 3. Senden Sie mir kostenlos Preislisten und Ratenzahlungsbedingungen.

Genau Adresse:

Die Not der Theater.

Arbeitsgemeinschaft im Brüner Deutschen Theater. — Ab gestern wieder regelmäßige Vorstellungen.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Nummer kurz berichtet haben, sind infolge von Differenzen zwischen dem Bühnenpersonal und Theaterverein die vorgestrigen Vorstellungen der Vereinigten Deutschen Theater nicht abgehalten worden. Diesem Entschluß der Bühnengestellten gingen mehrere Tage währende Beratungen beider Vertragskontrahenten voran, die durch einen Zwischenfall am Donnerstag zu dem Ausfall der Vorstellungen führten.

Zu der ganzen Angelegenheit hat sowohl der Lokalverband der Bühnengestellten als auch der Theaterverein (unter Benützung der bürgerlichen Tagespresse) der Öffentlichkeit Erklärungen vermittelt. Außerdem wurde bereits am Dienstag vor der Vorstellung durch den Opernsänger Koch-Gaarden im Landestheater den Besuchern mitgeteilt, daß die Bühnengestellten den Rest der Novembergasse nicht ausgezahlt erhalten, obwohl nach Meinung der Angestellten die hierfür erforderlichen Beträge zur Verfügung gestanden seien. Auch am Mittwoch gab Opernsänger Koch-Gaarden im Deutschen Hause und Spielleiter Scharwenta im Schauspielhaus vor den Vorstellungen Erklärungen ab, nach denen die Bühnengestellten dem Theaterverein die Forderung unterbreitet haben, sämtliche Barcinahmen zum Zwecke der Gageauszahlung einem Treuhänder zuzuführen, widrigenfalls am nächsten Tage die Vorstellungen nicht mehr stattfinden werden.

Der Theaterverein gibt in einer öffentlichen Erklärung bekannt, daß die Darstellungen der Vertreter der Bühnengestellten hinsichtlich der Behauptung, daß der Theaterverein im Besitz flüssiger Mittel zur Erfüllung der Forderungen der Angestellten war, mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Weiter teilte der Theaterverein mit, daß als Kautions für die Ansprüche des Bühnenpersonals zu Händen eines Treuhänders ein Betrag bis zur Höhe von 200.000 Ks aus den dem Theaterverein zuzurechnenden Staats-, Landes- und Gemeindefundationen auf Grund einer Vereinbarung mit dem Bühnenbund erlegt werden, welchem Konto bereits ein Betrag von 91.000 Ks zugeführt wurde. Außerdem hat der Ausschuss des Theatervereins den Beschluß gefaßt, seine Funktionen niederzulegen, aber bis zur einberufenen Generalversammlung die Geschäfte weiterzuführen.

Verhandlungen zur Beilegung dieser Differenzen erfuhr leider durch Zwischenfälle eine Unterbrechung und Verschärfung, die zu dem Ausfall der vorgestrigen Vorstellungen führte. Die aus der finanziellen Notlage entstandenen Differenzen haben leider einem Teil der tschechi-

schen Presse Anlaß gegeben, rechtliche Fragen, das deutsche Theater betreffend, aufzuroffen. Wie trist die Lage der Finanzen geworden ist, hat die Aussprache in der mährischen Landeskultur- und Schulkommission gezeigt, in der am Mittwoch die Frage der Subventionen eine wesentliche Rolle spielte. Der Landesauschuß hat den Beschluß gefaßt, auf Grund der stets sich mindernden Einnahmen die im Voranschlag eingestellten Subventionen um 40 Prozent zu kürzen. Das Deutsche Theater in Brünn, das außer den Subventionen von Gemeinde und Land auch eine Subvention vom Staat bis zum Vorjahre erhalten hat, hat in diesem Jahre die staatliche Subvention nicht mehr bekommen. Dazu kommt, daß die Pläne mit dem ständigen Abonnement sich nicht in dem Maße erfüllt haben, als dies erwartet wurde, so daß sich die Klüftungsmachung der Mittel in den letzten Tagen immer schwieriger gestaltete. Die finanziellen Schwierigkeiten ergeben sich aber nicht nur im Deutschen Theater in Brünn, sondern auch beim Brüner Landestheater. Und wie aus dem Bericht der Vertreter der Provinztheater in der Kulturkommission des Landes hervorging, auch bei allen übrigen Theatern. Deshalb müssen die Konzessionen eines Teiles der tschechischen Presse als vollkommen den Tatsachen widersprechend zurückgewiesen werden.

Eine provisorische Arbeitsgemeinschaft führt den Theaterbetrieb weiter.

Bei den gestern zwischen den Vertragspartnern geführten Verhandlungen kam es, wie uns mitgeteilt wird, zu einer Entspannung der Situation in den Vereinigten Deutschen Theatern. Der Bühnenbund und Theaterverein haben sich auf der Grundlage eines provisorischen Abkommens für eine Arbeitsgemeinschaft geeinigt. Die Vorstellungen werden ab gestern wieder programmgemäß abgehalten. Damit sind die Differenzen zum großen Teil beigelegt. Die endgültige Festlegung der Bestimmungen, die für die Arbeitsgemeinschaft zur Fortführung des Theaterbetriebes zu gelten haben, werden in gemeinsamen Beratungen, die bis zum 16. Dezember abgeschlossen sein sollen, festgelegt werden.

Unentgeltliche Beratungen und der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5-7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smektagasse Nr. 27, statt.

Die uns bis zum 13. Dezember überbrachten Schuhe, reparieren wir noch vor der

Weihnachts-Feiertagen.

Wir ersuchen daher die Kunden, uns die Schuhe baldmöglichst zu übergeben, da später gebrachte Schuhe erst nach den Feiertagen repariert werden können.

Wohn

PRAGER ZEITUNG.

Kunst und Wissen

Das Dritte Reich in Szene gesetzt.

Vraufführung von Ferdinand Bruckners „Die Massen“ im Züricher Stadttheater.

Ferdinand Bruckner hat ein neues Stück geschrieben: „Die Massen“, das kürzlich im Züricher Schauspielhaus uraufgeführt wurde.

„Vier einander eng verbundene Lebensschicksale werden durch die gewaltige Einigung, welche die nationale Revolution geschaffen haben soll, gesprengt. Und wenn man auch die Bilder nur lose zusammengefügt, neuartig, vorbestimmte steht, wenn auch nicht alles restlos motiviert zu sein scheint, so zeigt dennoch das neue Stück in der Zusammenballung der Geschehnisse den erschütternden Weg, den Hitler, vom 30. Jänner bis zum April gegangen ist, schildert es die Charaktere der jungen Nationalsozialisten ganz hervorragend.

Der Welturaufführung werden bald die Aufführungen in Paris und London folgen.“

Und am Prager Deutschen Theater? Hier erwache gerade ihm eine Pflicht! Leider darf man ihre Erfüllung kaum zu hoffen wagen.

Richard Strauß, der Must-Hitler.

Berlin, 8. Dezember. (Wolff.) Sämtliche Konzertunternehmen werden in die Reichsmusikammer eingeordnet. Der Präsident der Reichsmusikammer Dr. Richard Strauß hat bestimmt, daß alle Vereinigungen und Personen, die auf dem Gebiete des Konzertwesens einschließlich der Vermittlung tätig sind, zu einem „Reichsverband für Konzertwesen“ zusammengeschlossen werden.

Die Gastspiele. Im Prager Deutschen Theater gibt es in dieser Woche folgende Gastspiele: Im großen Haus Sonntag Frau Werbezirt, Montag die Schwestern Schwarz, Dienstag eine Frau, Mittwoch als Töcher, Donnerstag Fräulein Röhler, Donnerstag in der „Verkauften Frau“ einen Gastregisseur und einen Gastdirigenten, Freitag Frau Mia Thiele, Samstag de Durieux, Wasserhann, Deutsch, Moissi und Karlheinz Martin (Regie). In der Kleinen Bühne werden fast täglich Herr Kurt Rabitsch (als Regisseur) und Frau Wiesenthal und Jimm und James Duxton gastieren.

Wochenspielfplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag, 7 Uhr: „Lohengrin“ (D 1) — Sonntag, 2 Uhr: Arbeiterdarstellung: „Dreimäderlhaus“ — 8 Uhr: „Dreimal Dohzeit“ (Vollständl. Vorstellung, A. A.) — Montag, 7 1/2 Uhr: „Ball im Savon“ (A. A.) — Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Tosca“ (A. A.) — Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung“ (D 1) — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Die verkaufte Braut“ Neuinszeniert. (C 2) — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Garten Eden“ Neuinszeniert. (D 1) — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Don Carlos“ Gastspiel Durieux, Wasserhann, Deutsch, Moissi, Martin (A. A.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei Schmerzen, ob es nun rheumatisch, neuralgische oder Kopfschmerzen sind, hilft ein Alpa-Mittelpflog, oder Einreibung der schmerzenden Stelle mit Alpa.

Gold, Gold! Hausweise stürzen sich mutige Menschen auf die Kunde neuerdecker Goldlager in die Wildnis. Es ist nicht allein die Sucht nach dem gelben Metalle, die die Menschen über Eiswälder vorwärts treibt und sie der Strapazen nächtlicher Fröste nicht achten läßt, es ist auch der unbewußte Drang nach dem Unbekannten, der in jedem von uns schlummert. Auch in Ihnen ruht diese Sehnsucht. Jetzt haben Sie die Möglichkeit, dieser inneren Stimme zu folgen und Anschläge in weite Fernen zu unternehmen. Ihr treuer Diener, der tschechoslowakische Empfänger Superhet-Telefunken 620, ausgestattet mit einem Kurzwellenbereich (20 bis 50 m), führt Sie, wohin Sie wollen.

Wochenspielfplan der Kleinen Bühne. Samstag, 7 1/2 Uhr: Vraufführung: „Illustrierte Zeitung.“ — Sonntag, 8 Uhr: „Traffik ihrer Erzellen.“ — 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“ — Montag, 8 Uhr: „Desiré.“ (Vollständl. Vorstellung.) — Dienstag, 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“ — Mittwoch, 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“ — Donnerstag, 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“ — Freitag, 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“ — Samstag, 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“

Advertisement for SANA MARGARINE featuring images of the product and the slogan 'Gute Speisen, frohe Weihnachten!'.

Sport • Spiel • Körnerpflege

Finnen und Norwegen an erster Stelle.

Der lebhafteste Wettkampfbetrieb, der heuer in der Arbeiter-Leichtathletik aller Länder herrsche, zeigt einen Leistungsaufschwung in fast allen Disziplinen. Die besten Leistungen erreichten Finnland und Norwegen, an dritter Stelle steht derzeit Oesterreich. Die besten Leistungen, die heuer in den einzelnen Wettkampfsarten bisher erzielt wurden, lauteten:

Speer: Rinne (Finnland) 61.03, Ripinen (Finnland) 58.16, Lakkinen (Finnland) 57.94. Diskus: Ericksen (Norwegen) 45.80, Sundbäck (Finnland) 43.07, Mische (Oesterreich) 42.76, Franzen (Finnland) 42.20, Lohsen (Norwegen) 42.20. Schländerball: Förber (Oesterreich) 57.10, Franzen (Finnland) 56.30, Ericksen (Norwegen) 56.16. Hammer: Pärnt (Finnland) 45.46, S. Lehtinen (Finnland) 42.72, Elius (Finnland) 40.24. Kugel: Väland (Finnland) 15.04, Coufal (Oesterreich) 14.30, Franzen (Finnland) 13.84.

Arbeiterpartei und Völkervereinigung. Die Einrichtungen des Völkervereins sind nicht so schlecht, als dies von einem großen Teil der Genossen angenommen wird. So haben die Arbeiterpartei des Saargebietes mit ihrer Völkervereinigung ganz gute Erfahrungen gemacht. Mit Hilfe dieser Einrichtungen konnten die unverschämten Forderungen des Nazi-Trennhändlers Diebold (Leipzig) an die früheren Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportvereins für Mitgliederbeiträge und Warenforderungen in der Höhe von mehreren tausend RM. unterbunden werden, wie ebenfalls auch die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem früheren Arbeiter-Turn- und Sportbund in die Wege geleitet wurde. Ist auch hier wenig zu hoffen, so zeigen die Bemühungen an sich doch Verständnis für die Sache der Arbeiterpartei in dieser Völkervereinigung gegen die Terror- und Boykottandrohungen seitens der Gleichgeschalteten.

Der Film

„Bruder und Schwester.“ Das Thema dieses französischen Films ist indiskutabel. Es handelt sich um einen jener heftigsten Pariser Theaterchwänke, die nur durch pointierte Dialoge und dankbare Rollen eine Bühnenwirkung erreichen, die ihrer Handlung ewig verhaftet bleiben würde. Im Film aber kann man über die Unwahrscheinlichkeit und Belanglosigkeit der Vorgänge nicht so schnell hinwegtäuschen wie im Theaterstück — und so kann es dieser „Jills d'Amérique“ (wie der französische Titel lautet) trotz grandioser Regieführung und ausgezeichnete Darstellung nur zu einem Achtungserfolg bringen. Die Geschichte von dem charmannten Betrüger, der sich „aus Rot“ für den Sohn eines Geschäftsmannes ausgibt und ihm nicht nur das Geschäft in die Höhe bringt, sondern auch noch die Tochter erobert und alle Anwesenden mit seinem Edelmut entzückt, wird einzig durch die gewandte Spielleitung Carmine Gallones, durch die Aufbietung gelungener Typen und durch die beiden Hauptdarsteller genießbar gemacht, welche letzteres niemanden überraschen wird, wenn er erfährt, daß es sich bei diesen Hauptdarstellern um Anna Bella und Albert Pröjean handelt. Aber so schmerzhaft sie sind — in einem bedeutenderen Film hätten wir sie lieber gesehen.

Literatur

Die Zeitschrift „Sozialistische Revolution“, herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist in der tschechoslowakischen Ausgabe erschienen. Der Titel „Sozialistische Revolution“ ist in der tschechoslowakischen Ausgabe geändert. — Das zeigt ein Bild in das loeben erscheinende Heft 2. Eine Betrachtung über den 9. November von Historicus ist bemerkenswert, weil sie das Verlangen der Volksbeauftragten vor allem darin sieht, daß sie keine neue wirklich republikanische Macht geschaffen haben, nachdem durch die Demobilisierung des Heeres ein machtpolitischer leerer Raum entstanden war. Konrad Heiden, der Verfasser des interessanten Buches über die Geschichte des Nationalsozialismus, beschäftigt sich mit der Zukunft der deutschen Sozialdemokratie. Er kommt zu dem Schluß: die Bewegung ist unsterblich — die Partei kann nur in veränderter Form weiterexistieren. Karl Kaupisch setzt sich mit der Broschüre von Miles „Neu beginnen“ auseinander. Er diskutiert lebhaft gegen den kritischen Teil, erkennt dagegen das praktische Aktionsprogramm an. Entscheidend ist für ihn der Gedanke, daß Hitler nur überwunden werden kann im Kampfe um die Demokratie. Er sieht das Gebot der Stunde in der Zusammenfassung nicht nur aller proletarischen, sondern aller demokratischen Kräfte gegen den Faschismus. Das Heft enthält ferner Aufsätze von Vandervelde und Breitscheid über die Krise des französischen Sozialismus, einen Aufsatz von Wagner über Kriegsendungen im Faschismus, Glossen und Buchbesprechungen. — Die Zeitschrift ist zu beziehen von der Druck- und Verlagsanstalt Graphie, Karlsbad, Tschechoslowakei.

Die richtige Brille

Optiker Deutsch Prag II., Pflkopy, Palais Koruna

Verlangen Sie gratis

Verzeichnis der empfehlenswerten Qualitätsbücher zu außergewöhnlich billigen Preisen. Antiquarische Exemplare, sehr gut erhalten. Bücher-Geschenke in deutscher und tschechischer Sprache liefert Zentralverlagbuchhandlung A. Svecený, Praha II., Spálená 7. 2187

Genossen! Traget bei jeder Gelegenheit euer Parteiabzeichen!

An unsere Abonnenten!! Bitte lesen!

Und uns bis 10. Dezember den Abschnitt einsenden!

Wir zweifeln nicht daran, daß auch Sie die Gelegenheit benützen werden, an Stelle der teuren Neujahrsgratulationskarten unserer Aktion Unterstützung zu gewähren, die der finanziellen Stärkung des Blattes dient und weiters den hohen idealen Zweck erfüllt, daß die Zusammengehörigkeit unserer Genossen und Genossinnen sichtbar vor Augen geführt wird. Wir bitten Sie daher, Ihren Namen gegen eine Gebühr von 10 Kč in unser

Neujahrs-Kollektivinserat

aufnehmen zu lassen und den entfallenden Betrag von 10 Kč mit der Dezemberabonnementsgebühr einzulenden. Wir sind überzeugt, daß auch Sie, der heutigen Zeit Rechnung tragend, uns Ihre Unterstützung nicht verlagern, und danken bestens für Ihre freundliche Förderung unserer Blattes.

Die Verwaltung.

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Ich bestelle hiemit unter dem Namen: Ort: eine Neujahrsenthebung zum Betrage von 10 Kč und sende Ihnen diesen Betrag gleichseitig mit der Abonnementsgebühr pro Dezember ein. Unterschrift:

Verantwortlicher: ... Druck- und Verlagsanstalt Graphie, Karlsbad, Tschechoslowakei.